V-26-016

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 15 bis 20:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-Präsidentschaft wird. Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen fallen~~.~~ ~~Hier gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU auf verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele zu leisten.~~: Die UN-Konferenzen zu Klimaschutz in Glasgow und zum Schutz der Biodiversität in Peking müssen zum Wendepunkt werden. Denn seit dem Pariser Klimaschutzabkommen sind die Treibhausgasemissionen stetig weiter gestiegen. Und die vor neun Jahren vereinbarten Aichi-Ziele zur Bewahrung der biologischen Vielfalt wurden allesamt verfehlt. Deshalb muss die EU endlich als glaubwürdige Akteurin auftreten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität. Bislang sind alle ambitionierten Vorhaben an Blockade oder mangelnder Umsetzung der Mitgliedsstaaten gescheitert. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihre Verantwortung ernst nimmt und ihre Ratspräsidentschaft unter das Banner des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen stellt. Dazu muss sich die EU auf verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Und der Erhalt der Biodiversität darf nicht länger Nischenthema sein, sondern muss als Grundvoraussetzung in Landwirtschafts-, Fischerei-, und Verkehrspolitik Eingang finden. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch

Begründung

Das Artensterben ist eine mindestens ebenso große Bedrohung wie die Klimakrise. 2020 wird die große IPBES-Konferenz in Peking stattfinden, zu der die EU nicht mit leeren Händen fahren sollte.

weitere Antragsteller*innen

Katrin Langensiepen (Hannover RV); Alexandra Geese (KV Bonn); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Timm Schulze (KV Passau-Land); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Detlef Matthiessen (KV Rendsburg-Eckernförde); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anka Dobslaw (KV Lüneburg); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Rainer Borcherding (KV Schleswig-Flensburg); Jürgen Eiselt (KV Frankfurt); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Ernst-Christoph Stolper (KV

Neustadt-Weinstraße); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Miriam Matz (KV Saalekreis); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)